

Beschlußempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Roswitha Wisniewski, Wolfgang Zeitlmann, Werner H. Skowron, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Wolfgang Lüder, Manfred Richter (Bremerhaven) und der Fraktion der F.D.P.
— Drucksache 12/7467 —

**Entschädigung für Opfer nationalsozialistischen Unrechts
in den Baltischen Staaten**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Gert Weisskirchen (Wiesloch), Angelika Barbe, Hans Gottfried Bernrath, weiterer Abgeordneter sowie der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/5638 —

Entschädigung nationalsozialistischen Unrechts in den Baltischen Staaten

A. Problem

Gegenüber den Opfern nationalsozialistischen Unrechts in den Baltischen Staaten ist bisher keine eigenständige Entschädigung entsprechend den Stiftungen „Verständigung und Aussöhnung“ in den drei GUS-Staaten erfolgt.

B. Lösung

Annahme einer Entschließung, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, den baltischen Staaten Vorschläge zur Finanzierung einer humanitären Geste in der Form einer Entschädigung anzubieten, die den individuellen Bedürfnissen der Opfer nationalsozialistischer Unrechtsmaßnahmen nahekommt.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 12/7467 unverändert anzunehmen;
2. den Antrag auf Drucksache 12/5638 für erledigt zu erklären.

Bonn, den 16. Juni 1994

Der Innenausschuß

Hans Gottfried Bernrath
Vorsitzender

Dr. Roswitha Wisniewski
Berichterstatterin

Uwe Lambinus
Berichterstatter

Wolfgang Lüder

Bericht der Abgeordneten Dr. Roswitha Wisniewski, Uwe Lambinus und Wolfgang Lüder

I.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU und F.D.P. auf Drucksache 12/7467 wurde in der 228. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Mai 1994 an den Innenausschuß federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuß, Rechtsausschuß, Finanzausschuß, Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung und Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

1. Der Auswärtige Ausschuß hat den Antrag auf Drucksache 12/7467 einstimmig bei Enthaltung der Gruppe der PDS/Linke Liste angenommen.
2. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD und des Mitglieds der Gruppe der PDS/Linke Liste und bei Abwesenheit des Mitglieds der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrages empfohlen.
3. Der Rechtsausschuß erhebt einstimmig keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen den Antrag. Er unterstützt die damit verfolgten Anliegen und bittet um beschleunigte Umsetzung.
4. Der Finanzausschuß hat mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Abwesenheit der Fraktion der SPD sowie der Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS/Linke Liste empfohlen, dem Antrag zuzustimmen.
5. Der Haushaltsausschuß hat den Antrag in der Mitberatung einvernehmlich bei Abwesenheit der Vertreter der Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS/Linke Liste zugestimmt.

II.

Der Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/5638 wurde in der 189. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. November 1993 dem Innenausschuß federführend sowie dem Auswärtigen Ausschuß, Rechtsausschuß, Finanzausschuß und Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

1. Der Auswärtige Ausschuß hat den Antrag auf Drucksache 12/5638 für erledigt erklärt.
2. Der Rechtsausschuß erhebt einstimmig keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen den Antrag. Er unterstützt die damit verfolgten Anliegen und bittet um beschleunigte Umsetzung.
3. Der Haushaltsausschuß hat den Antrag einvernehmlich für erledigt erklärt.

4. Der Finanzausschuß hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 1993 einstimmig bei Abwesenheit der Gruppen PDS/Linke Liste und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die nachfolgende Fassung des Antrags empfohlen:

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. dem Deutschen Bundestag umgehend über die zu erwartende Zahl der Betroffenen sowie über die Art ihrer Verfolgung zu berichten und dabei darzustellen, welche Lösungen für einzelne Opfergruppen unter Berücksichtigung vergleichbarer Erfahrungen mit Rußland, Belarus und Ukraine gesucht werden,
2. auf der Grundlage dieser Berichte zu prüfen, ob noch in dieser Legislaturperiode die erforderliche Grundlage geschaffen werden kann, damit den Opfern nationalsozialistischer Terrors in den Baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen ein angemessener materieller Ausgleich für erlittenes Unrecht zugebilligt wird.“

III.

Der Unterausschuß „Wiedergutmachung“ hat die den Anträgen auf Drucksachen 12/7467 und 12/5638 zugrundeliegende Problematik in seiner 22. Sitzung am 17. Mai 1994 abschließend beraten und einstimmig bei Abwesenheit der Gruppen PDS/Linke Liste und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag der Abgeordneten Dr. Roswitha Wisniewski, Wolfgang Zeitmann, Werner H. Skowron, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Wolfgang Lüder, Manfred Richter (Bremerhaven) und der Fraktion der F.D.P. — Drucksache 12/7467 — unverändert anzunehmen. Er hat des weiteren mit dem gleichen Abstimmungsverhalten empfohlen, den Antrag der Abgeordneten Gert Weisskirchen (Wiesloch), Angelika Barbe, Hans Gottfried Bernrath und weiterer Abgeordneter sowie der Fraktion der SPD — Drucksache 12/5638 — im Hinblick darauf, daß das Anliegen zu Ziffer 2 durch die Berichte der Bundesregierung im Unterausschuß und im übrigen durch den Inhalt der Drucksache 12/7467, für erledigt zu erklären.

Der Innenausschuß hat den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf Drucksache 12/7467 sowie den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/5638 in seiner 98. Sitzung am 11. Mai 1994 abschließend beraten und ist einstimmig der Empfehlung des Unterausschusses „Wiedergutmachung“ gefolgt.

Bonn, den 16. Juni 1994

Dr. Roswitha Wisniewski
Berichterstatlerin

Uwe Lambinus
Berichterstatler

Wolfgang Lüder

